

Sehnsucht nach direkter Demokratie?

Demokratievorstellungen von Bürgerinitiativen

Julia Zilles

Bürgerproteste sind spätestens seit den 2010er-Jahren eine Konstante der Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten und werden nicht zuletzt seit der Eskalation rund um die Proteste gegen ‚Stuttgart 21‘ in Deutschland sowohl von ProjektplanerInnen als auch politisch Verantwortlichen als zu erwartende Rahmenbedingungen betrachtet (Butzlaff 2016). Dass es also gerade im Kontext großer Infrastrukturvorhaben wie der Energiewende zu Widerständen kommt, ist wenig überraschend. Auf der einen Seite ist die gesamtgesellschaftliche Zustimmung zu den Zielen der Energiewende zwar durchgängig hoch (Setton 2019), auf der anderen Seite nehmen im Lokalen kleinräumige Protestaktionen gegen Infrastrukturprojekte wie etwa Windkraftanlagen, Biogasanlagen oder Stromtrassenausbau zu (Hoeft et al. 2017; Bues 2020; Eichenauer 2018, Radtke et al. 2020).

Die Diskrepanz zwischen gesamtgesellschaftlicher Zustimmung und lokalem Widerstand drückt sich in der Existenz zahlreicher lokaler Bürgerinitiativen (BIs) aus. Diese Organisationsform ist typisch für Konflikte im Rahmen der Energiewende (vgl. Kopp 2017), denn in diesem Kontext und dem Agieren der Bürgerinitiativen zeigt sich exemplarisch, was Blühdorn (2013: 16) als postdemokratisches Dilemma beschreibt: Während das allgemeine Vertrauen in politische Institutionen und Verfahren stetig sinkt, steigen gleichzeitig die Erwartungen und Ansprüche an Demokratie und Partizipation. Und in den lokalen Konflikten trifft man auf diese sehr unterschiedlichen Erwartungen an und Sichtweisen auf Partizipation: Während sich ProjektplanerInnen von Partizipationsangeboten und der Einbindung von BürgerInnen eine Steigerung der Legitimität der Projekte und eine Verringerung der Gefahr von hinderlichen Protesten erhoffen, fühlen sich viele BürgerInnen bereits zu Projektbeginn überangen, übersehen und misstrauen sowohl den Verfahren als auch den sie durchführenden Personen fundamental.

Im Folgenden konzentriere ich mich auf das Selbstverständnis und die Demokratievorstellungen von Menschen, die sich in lokalen Bürgerinitiativen gegen Projekte im Kontext der deutschen Energiewende engagieren. Dazu beziehe ich mich auf Interviewmaterial mit Engagierten in deutschen Bürgerinitiativen, welches zum einen im Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“ (Hoeft et al. 2017) von 2014–2015¹ zu je einem Windkraftkonflikt in Rheinland-Pfalz sowie in Mecklenburg-Vorpommern und dem Konflikt um die geplante Hochspannungsübertragungsleitung SuedLink in Nordhessen erhoben wurde (für ausführliche Fallanalysen s. Marg et al. 2017, Kopp et al. 2017). Zum anderen beziehe ich mich auf eine weitere Fallstudie zu einem Windkraftkonflikt im hessischen Odenwald 2018. Im Rahmen dieser Erhebungen wurden Interviews mit VertreterInnen aller an den lokalen Konflikten beteiligten Akteursgruppen durchgeführt, also etwa auch Bürgermeister und Landräte, VertreterInnen der durchführenden Unternehmen oder Verantwortliche in den Genehmigungsbehörden. Für diesen Text fokussiere ich mich jedoch ausschließlich auf die Sichtweise der Bürgerinitiativen. Sowohl die Zusammensetzung dieser Initiativen als auch die Übersicht über

den soziostrukturellen Hintergrund unserer GesprächspartnerInnen zeichnen ein deutliches Bild: Die Engagierten in energiewendekritischen BIs sind eher männlich, eher älter und überdurchschnittlich gut gebildet. So war etwa keiner der GesprächspartnerInnen jünger als 35 Jahre oder verfügte über einen niedrigen Bildungsabschluss (s. Tabelle 1). Dieses Bild ist typisch für Bürgerproteste (vgl. Marg et al. 2013, Butzlaff 2016), bedeutet aber eben auch, dass sich an Bürgerprotesten keineswegs der Durchschnitt der Bevölkerung beteiligt. „Die Voraussetzung schlechthin für Aktivität und Protest ist Zeit“ (Walter 2013: 302) – und diese ist in unterschiedlichen Lebensphasen sehr ungleich verteilt.

Die formale Organisationsform der Bürgerinitiativen gestaltet sich unterschiedlich – während einige als eingetragene Vereine organisiert sind, verzichten andere bewusst darauf um flexiblere Strukturen zu erhalten.

Lokale EnergiewendekritikerInnen
WindkraftkritikerInnen
Odenwald
(Projekt „Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende“)

Bezeichnung		BI-2 Suedlink BI-7 Windkraft	BI-5 Odenwald
Erhebungszeitraum		2014-2015	2018
Geschlecht	Weiblich	3	1
	Männlich	6	4
Alter	Unter 35 Jahren	-	-
	36–55 Jahren	4	2
	über 56 Jahre	4	3
	k.A.	1	
Bildung	Niedriger Bildungsabschluss (Volksschule, Hauptschule, u.ä.)		
	mittlerer Bildungsabschluss (Realschule, Berufsausbildung etc.)	1	1
	hoher Bildungsabschluss (Abitur, Studium, u.ä.)	7	1
	k.A.	1	3

Tabelle 1: Soziostrukturelle Zusammensetzung des Datenkorpus

Im Kontext dieses Hefts zur Entwicklung der Demokratie werden nun im Folgenden die Sichtweisen von Engagierten in Bürgerinitiativen analysiert: Welches Selbstverständnis zeigt sich in lokalen Konflikten im Kontext der Energiewende? Wie nehmen die Aktiven ihren Einsatz wahr? Was erhoffen sie sich davon? Und welche Demokratiebilder treten in der Beschreibung ihres Engagements hervor? Nicht zuletzt: Was bedeutet es für eine Demokratie, wenn Menschen die Dinge zunehmend selbst in die Hand nehmen wollen, anstatt Sie vermittelnden Institutionen zu überlassen – wenn Menschen sich direkter und unmittelbarer engagieren?

Selbstverständnis – Zwischen NIMBY und VerfechterInnen des Gemeinwohls

Die AktivistInnen in den Bürgerinitiativen verstehen sich als diejenigen, die sich wirklich um die Belange der Region kümmern, die Sorgen der BürgerInnen ernst nehmen und das „Verantwortungsvakuum“ (BI1, Windkraft, 2014), welches die Politik aus ihrer Sicht hinterlässt, füllen (s. auch Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 45ff.). Diese proaktive und Verantwortung übernehmende Selbstwahrnehmung steht im Widerspruch zu Zuschreibungen in der gesellschaftlichen und politischen Debatte, wo Proteste im Kontext der Energiewende zuvorderst als „Verhinderungssphänomen“ (Eichenauer 2018: 317) wahrgenommen oder auf egoistische NIMBY-Motivationen zurückgeführt werden.

Die Selbsteinschätzung der Aktiven in Bürgerinitiativen schwankt dabei zwischen Selbstüberschätzung und Resignation. Auf der einen Seite schreiben sie den eigenen Protestaktivitäten großen Einfluss zu.² Während die Bürgerinitiativen gegen den Bau von Stromtrassen eine Entscheidung für die Ausweitung der Erdverkabelung – verstanden als „das kleinste Übel“ (BI SuedLink, 2014) – ihrer erfolgreichen Mobilisierung zurechnen, sieht es eine andere Bürgerinitiative gegen Windkraft als ihren Erfolg an, dass in einem Naturpark windkraftfreie Kernzonen ausgewiesen und somit weitere Windparks in dem Gebiet rechtlich verhindert wurden. Ein Aktivist beispielsweise ist davon überzeugt, dass die Entscheidung, wo und ob Windräder in seinem Landkreis gebaut werden, von ihm abhängt: „Also, ich sitze genau im Zentrum [der Entscheidung].“ (BI4, Windkraft, 2014) Andererseits gibt es aber auch Aktive, die aufgrund ausbleibender Erfolge und häufig hoher Erwartungen ihre realen Einflussmöglichkeiten eher gering einschätzen: „[W]ir können nicht mehr sein als Sand im Getriebe“ (BI3, Windkraft, 2014). Diese „Resignation“ (BI2, Windkraft, 2014) wird mit dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit begründet:

Wir kommen nicht an die Steuerbrücke, [...] auf der Steuerbrücke stehen Leute, die das Schiff auf 'n Eisberg zusteuern [...] und wir sitzen unten irgendwo in den Kabinen und sehen ganz genau, wo das Ganze hinführt, aber wir können uns daraus nicht befreien, wir kommen nicht dahin, wo wir das Ruder rumreißen können. (BI2, Windkraft, 2014)

Die Übernahme von Verantwortung erscheint bei vielen AktivistInnen als die entscheidende große Motivation. Verantwortung wird zum einen als Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen ausbuchstabiert, „im Hinblick auf meine Kinder, auf meine Enkelkinder“ (BI3, Windkraft, 2014), auch gegenüber der Natur (vgl. Zilles 2017). Man möchte sich nicht nachher sagen lassen „ich hab' nix dagegen gemacht“ und sich „in fünf Jahren noch im Spiegel [...] ansehen können und [ich] muss mir die Frage beantworten: Hast du alles getan, was du konntest?“ (BI3, Windkraft, 2014). Zum anderen beanspruchen sie aber auch für sich, dass sie jene Verantwortung wahrnehmen, die sie eigentlich von den politisch Verantwortlichen erwarten würden. Die Engagierten äußern sich sehr enttäuscht vom Funktionieren der repräsentativen Demokratie und sind der Ansicht, dass der Willen der BürgerInnen zu wenig berücksichtigt wird. Sie übernehmen mit ihrem Engagement in den Bürgerinitiativen genau diese Aufgaben stellvertretend für die politisch gewählten RepräsentantInnen. Aus ihrer Perspektive ergibt sich daher für sie die „Bürgerpflicht“, sich aufzulehnen und gegen die geplanten Projekte zu engagieren.

Ziel der Bürgerinitiativen ist es dabei, möglichst direkten Einfluss auf jene Projekte zu erlangen, die ihnen ein Dorn im Auge sind. Protest wird als direktes Einflussmittel wahrgenommen:

Durch Demos [...] versuchen wir hier direkt Einfluss zu nehmen. Wir gehen auf die Straße. Und möglicherweise wird dadurch Druck auf jeden Fall erzeugt, denn wie gesagt, nach der Wahl ist vor der Wahl, das wissen die Jungs und die wollen wiedergewählt werden. Und da müssen sie ansetzen, ne. (BI2, SuedLink, 2014).

Die Ziele, die sich die BIs setzen, sind meist recht hoch gesteckt: Es geht (zunächst) um die Verhinderung von konkreten Windparks und Trassenverläufen. Darüber hinaus setzen sich aber alle AktivistInnen auch für weiterreichende Ziele ein: Im Falle der Stromtrassen wird das „Warum“ in Frage gestellt und im Falle von Windkraft wird versucht, bis auf Bundesebene hinauf rechtliche Bedingungen zu verändern. Von allen wird auch als Ziel formuliert, dass die jeweiligen Verfahren demokratisiert werden, die BürgerInnen müssten stärker in die Entscheidungen eingebunden werden. Das Erreichen dieser Ziele wird von einigen aber durchaus als unrealistisch angesehen. Insbesondere gegen wirtschaftliche Interessen komme man nicht an, denn „die eigentliche Macht haben die Lobbyisten“ (BI2, Windkraft, 2014). Außerdem seien die Verfahren zu intransparent und voraussetzungsreich, „deswegen werden alle Bürger daran scheitern, an den Formalien“ (BI1, Windkraft, 2014).

In Bezug auf das Selbstverständnis der Aktiven wird deutlich, dass sie zwar einerseits mit Blick auf die aus ihrer Sicht unzureichend funktionierende repräsentative Demokratie das Gefühl haben, tätig werden müssen, andererseits aber zumindest teilweise bezweifeln, etwas bewirken zu können.

Demokratievorstellungen – „Hier erodiert die Demokratie“

In den Konflikten im Kontext der Energiewende lassen sich analytisch fünf unterschiedliche Demokratievorstellungen typologisieren³: Von klassisch-repräsentativer Demokratie, über partizipatorische und plebiszitäre Demokratie zu unpolitisch-expertokratischer und scheinbarer Demokratie. Diese Demokratiebilder werden im Folgenden vorgestellt: Wie blicken die Aktiven in Bürgerinitiativen auf Demokratie? Welche Demokratiebilder liegen bei ihnen vor? Welche Erwartungen an Demokratie und Partizipation werden formuliert?

Klassisch-repräsentative Demokratie

In den Interviews mit Engagierten in Bürgerinitiativen kommt immer wieder das Konzept der klassischen, repräsentativen Demokratie zur Sprache, insbesondere, wenn sie über gewählte PolitikerInnen, ihre RepräsentantInnen, sprechen. Hier wird zum einen eine hohe Erwartungshaltung aber auch vielfach eine große Enttäuschung deutlich. Gerade von den Bundestag- oder Landtagsabgeordneten des jeweiligen Wahlkreises wird erwartet, sich unabhängig von ihrer eigenen sachpolitischen Expertise, mindestens ebenso gut wie die Aktiven selbst, mit der lokal umstrittenen Technologie und dem Planungsstand auszukennen. Darüber hinaus sollen Abgeordnete sich aber auch ganz

unmittelbar in den entsprechenden Parlamenten mit dem lokalen Anliegen und der spezifischen Perspektive durchsetzen können:

Also ist die einzige Möglichkeit irgendwie Druck aufzubauen über die Medien und das finde ich ganz schlimm, weil wir haben eine Demokratie, da müsste ich eigentlich meinem Bundestagsabgeordneten sagen können: „also pass mal auf, das und das finde ich also problematisch“. Also die sind ja so für uns eigentlich von uns als Vertreter gewählt und auch müssten eigentlich auf uns auch reagieren, wenn wir uns angemessen verhalten. Es geht mir nicht darum, jemanden zu beschimpfen oder irgendeine Schuldzuweisung dem zu geben, sondern es geht ja darum, wir wollen gemeinsam irgendwas Gutes für das Land. (BI1, SuedLink, 2014)

Vielfach machen Engagierte im direkten Kontakt mit PolitikerInnen die wenig überraschende Erfahrung, dass sie sich selbst aufgrund ihres intensiven Engagements mit der Thematik eine viel detailliertere Expertise angeeignet haben, als dies alleine aus Zeitgründen für PolitikerInnen überhaupt möglich wäre. Aus dieser Erfahrung erwächst schnell der pauschale und vielfach geäußerte Vorwurf der Inkompetenz: „Hier wird der Politiker als Experte erwartet und als Laie erlebt“ (Marg 2017: 211). Dabei wird dem Umstand, dass PolitikerInnen im Grunde GeneralistInnen oder aber ausgewiesene FachpolitikerInnen seien müssen, keine Rechnung getragen. Trotz teilweise vorhandener eigener parteipolitischen Vergangenheit und bisweilen positiven Erfahrungen steigert sich diese Enttäuschung bis zu einem Gefühl der Verachtung für PolitikerInnen und Parteien. Besonders in der Kritik stehen (vor allem weibliche) PolitikerInnen der Grünen. Kurzum: die klassische repräsentative Demokratie alleine erscheint den Engagierten in Protestgruppen als ungeeignet und überfordert, die Umsetzung der Energiewende im Lokalen angemessen und fair zu gestalten, wird aber auch nicht pauschal infrage gestellt (vgl. Kopp 2017: 133). Vielfach wird das Gefühl beschrieben, dass man sich nicht ausreichend repräsentiert fühle – erst recht nicht von urbanen politischen Eliten. „[Z]umindest für die AktivistInnen [scheint sich] das Prinzip der Repräsentativität überlebt zu haben“ (Marg 2017: 220).

Partizipatorische Demokratie

In den Gesprächen zeigt sich ein drängendes Bedürfnis, sich in den Entscheidungsprozess zum umkämpften Thema einzubringen und auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen:

Wenn ich was sehe, was falsch läuft, dann muss ich mich da an der Stelle engagieren. Das halte ich auch nicht für verkehrt, das sollten noch viel, viel mehr Leute machen, egal in welche Richtung. [lacht] Meinetwegen auch in die Gegenrichtung. Aber davon lebt Demokratie, deswegen finde ich den Ansatz ja wichtig. (BI1 Odenwald, 2018)

Theocharis und van Deth (2018: 17f.) schlagen die Unterscheidung zweier unterschiedlicher Modi von Partizipation: top-down sowie bottom-up. Aktive in Bürgerinitiativen beziehen sich in ihren Forderungen nach Partizipationsangeboten auf *beide* Modi – solche, die von ProjektplanerInnen und lokalen PolitikerInnen top-down initiiert und durchgeführt werden und solche, die sie selbst bottom-up organisieren, etwa in Form von Informationsveranstaltungen, Beratungsgesprächen für PolitikerInnen oder Protestkundgebungen (zur Diversität des Protesthandels vgl. Zilles/Schwarz: 2015).

Partizipation in beiden Modi ist dabei voraussetzungsreich, „in einer Partizipationsdemokratie haben diejenigen ohne Bildung, ohne eine tragfähige materielle Basis, ohne Berufsstolz nichts zu lachen“ (Walter 2013: 312). Dass diese Schieflage von den hier befragten GesprächspartnerInnen nicht problematisiert wird, erscheint wenig verwunderlich: Wie die sozio-strukturelle Zusammensetzung zeigt, verfügen sie über eben diese Ressourcen, die ihnen eine Teilnahme an top-down Partizipationsangeboten ermöglichen und sie zur Organisation von bottom-up Partizipation befähigen. Vor diesem Hintergrund muss also der Aspekt berücksichtigt werden, dass Partizipation als ein „Katalysator der Ungleichheit“ (Walter 2013, 309) fungieren kann (siehe auch die Beiträge von Zandonella und Hubmann/Rendl in diesem Heft). Zudem erhöhen mehr und qualitativ hochwertigere Beteiligungsverfahren keineswegs automatisch die Zustimmung zu einem Projekt oder führen zu einer Reduktion des Konfliktpotentials (vgl. Eichenauer 2018: 329).

Plebiszitäre Demokratie

Über den Wunsch nach partizipativen Verfahren hinaus werden immer wieder Formen der direkten Demokratie und unmittelbaren Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerbefragungen und Volksabstimmungen thematisiert:

BI: Also eine wirklich demokratisch saubere Lösung gäbe es aus meiner Sicht nur dann, wenn grundsätzlich bei Projekten, die eine Kommune, eine Gemeinde betreffen, die Bürger dazu befragt werden. Grundsätzlich. [...] Und bei solchen Landschaftseingriffen, finde ich, also wenn man da nicht die Bürger fragt... Das wollten wir ja hier erreichen. Unser Begehren hatte nur zum Ziel, dass die Stadt eine Bürgerbefragung darüber durchführt, ob sie Grundstücke verpachten soll an den Betreiber. Mehr nicht. Das war nicht die Frage „Seid ihr für oder gegen Windkraft?“, sondern nur die Frage nach der Verpachtung. [...] Und selbst das wurde schon als so große Bedrohung empfunden, dass man das ganze Ergebnis da abgewürgt hat. Ne, auch eine Erfahrung. [...] Wir haben dann hinterher gesagt „Sag mal, Leute, denkt doch mal ein bisschen, macht doch freiwillig eine Bürgerbefragung, dann kriegt ihr eine Meinung von euren Bürgern“. Und die kann ja durchaus dafür sein, dann gehe ich nach Hause und trinke meinen Kaffee, dann ist mir das egal, ja (BI, Odenwald, 2018)

Hier werden vor allem zugängliche und niedrigschwellige Verfahren gefordert, die nicht von Formalien überfrachtet sind und die von den AktivistInnen selbst initiiert werden können. Viele Aktive haben bereits negative Erfahrungen mit Verfahren gemacht, etwa dass man zwar mit großem persönlichen Einsatz Unterschriften gesammelt hat, die je nach spezifischer Regelung als Bedingung für formale Prozesse erforderlich sein können, diese dann aber nicht berücksichtigt wurden, weil sie nicht den formalen Kriterien genügten. Aus der Protestforschung, insbesondere mit Blick auf die Volksbefragung zu Stuttgart 21⁶, ist bekannt, dass unerwünschte Ergebnisse von Volksbefragungen zu Herausforderungen für Protestgruppen werden und keineswegs automatisch respektiert werden (vgl. Marg 2017: 219). Dies hängt auch damit zusammen, dass die Aktiven in Bürgerinitiativen vielfach davon überzeugt sind, ohnehin selbstverständlich die Mehrheitsmeinung der betroffenen, aber nicht-aktiven Bevölkerung zu vertreten. Vor diesem Hintergrund ist die am Ende des Zitats geäußerte Einschätzung, man würde nach einem zustimmenden Ergebnis das Protestengagement ruhen lassen, überraschend und erscheint in der Kontextualisierung des gesamten Gesprächs wenig überzeugend.

Unpolitisch-expertokratische Demokratie

Den Aktiven in Bürgerinitiativen ist gemein, dass sie selbst durch die intensive inhaltliche Beschäftigung mit der konfliktauslösenden Technologie über ein sehr hohes Sachwissen verfügen, welches, wie bereits oben erwähnt, durch die Möglichkeit der Konzentration auf lediglich eine Thematik meist tiefergreifend ist als jenes der (lokalen) PolitikerInnen. Das Erkennen und Durchsetzen einer ‚sachgerechten Lösung‘ gilt als „Utopie und [...] Ideal“ (Butzlaff 2016: 186). Immer wieder versuchen sie ihre eigene Expertise in den Entscheidungsprozess einzuspeisen, PolitikerInnen zu beraten und als Experten anerkannt zu werden. Diese „Strategie der eigentlichen Expertise“ (Zilles/Schünemann 2017) kann als eine konstitutive Kommunikationsstrategie von Protestierenden verstanden werden. Dass die eigene Expertise bisweilen sehr einseitig ausfällt und etwa nur die eigene Position unterstützende Studien berücksichtigt werden, wird nicht reflektiert.

Gleichzeitig machen AktivistInnen aber permanent die Erfahrung, dass es im politischen Prozess nicht alleine auf Sachexpertise ankommt, sondern andere Aspekte im politischen Aushandlungsprozess als wichtiger bewertet werden, etwa der Wunsch nach regionaler Wertschöpfung oder einem eigenen Beitrag zum Klimaschutz. Deswegen wird immer wieder der Wunsch geäußert, diese komplexen Themen sollten von (den richtigen) Experten behandelt und entschieden werden. Diese Haltung zeigt sich beispielhaft in einer Unterhaltung zweier Windkraftgegner über den Entstehungsprozess des deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG):

BI4: Und wenn Sie sich dann die die Geschichte vom EEG angucken, wie die entstanden ist [BI5: Genau das gleiche], das haben ja zwei, drei Menschen geschrieben. Mit fatalen Folgen, müssen Sie mal reinziehen, wie Politik gemacht wird in Deutschland. Von Leuten, die keine Ahnung haben. [...] [Beim Atomausstieg], da war kein Ökonom dabei, da war [BI5: und kein Doktor] kein Doktor dabei [BI3: keiner, der Ahnung hatte von der Physik] so da war nur [BI5: nur Bürokraten] Geis-, was waren das Philosophen oder? [BI5: die keine Ahnung haben von der Materie, so kann man es eigentlich sagen]. So und die haben dann beschlossen, wir steigen aus. (BI4 und BI5, Windkraft Odenwald, 2018)

Der Wunsch nach der Delegation von politischen Entscheidungen an Experten lässt sich mit dem Konzept der „unpolitischen Demokratie“ (Michelsen/Walter 2013) fassen.

Scheinbare Demokratie

Ein zentraler Kritikpunkt der Engagierten in Bürgerinitiativen adressiert die als mangelhaft empfundene Verfahrensgerechtigkeit (vgl. Simcock 2016, Eichenauer 2018: 220ff.). Diese Kritik bezieht sich sowohl auf ein Fehlen von Beteiligungsangeboten als auch auf die Verfahren an sich, die vielfach als ungerecht und nicht ergebnisoffen empfunden werden. So entzündet sich der Protest zwar oftmals, wie bei den hier beobachteten Bürgerinitiativen, an Infrastrukturprojekten, schnell werden dann aber die Verfahren selbst Konfliktgegenstand (Marg/Zilles 2020).

In Bürgerprotesten wird zudem immer wieder die Wahrnehmung geäußert, es handle sich bei der gegenwärtigen Demokratie nicht um eine „echte Demokratie“, sondern man sei vielmehr mit einer „trügerischen Demokratie“ (Butzlaff 2016: 190) oder „Scheindemokratie“ (Walter 2013: 321) konfrontiert. Walter sieht darin ein „typisches Signum der Misstrauensgesellschaft“ (ebd.). Dieses Muster findet sich auch in dem hier untersuchten Interviewmaterial:

Also hier ist es nur noch eine Pseudo-Beteiligung. [...] Also, es ist eigentlich nur noch, ich habe nicht mehr das Gefühl, in einer Demokratie zu leben. (BI1, Windkraft, 2014).

Hier zeigt sich erneut (s. auch Butzlaff 2016: 189f.), dass diese vielfach in kleinräumigen Protestsituationen gemachten Erfahrungen vom Auseinanderfallen der Erwartungen an demokratische Teilhabe und der tatsächlichen Responsivität des politischen Systems durch die Gesellschaftsdiagnose einer „simulativen Demokratie“ (Blühdorn 2013) greifbar werden. Im empirischen Material wird immer wieder explizit auf den Demokratiebegriff Bezug genommen, aber selten in einer positiven Konnotation. So werden deutliche Zweifel am demokratischen System geäußert, es wird davon gesprochen, dass die „Demokratie in Gefahr“ (BI2, Windkraft, 2014) sei und erodiere. In diesen Beschreibungen findet sich wenig Optimismus, wie es gelingen kann, die eigenen Anliegen jenseits von Klageverfahren in den politischen Prozess zu integrieren.

Fazit

In lokalen Konflikten im Kontext der Energiewende wird weit mehr verhandelt, als die Frage, ob nun ein Windrad an einem bestimmten Ort gebaut wird oder einige hundert Meter entfernt oder etwa ob eine Stromtrasse östlich oder westlich an einer Stadt vorbeigeführt wird. Vielmehr wird in diesen Konflikten deutlich, aus welcher unterschiedlichen Perspektiven demokratische Entscheidungsverfahren und die Planung von Infrastruktur unter Druck geraten.

Alle fünf vorgestellten Demokratiebilder spielen in lokalen Energiewendekonflikten eine Rolle – sowohl Elemente der klassisch-repräsentativen Demokratie, Wünsche nach partizipativen und plebiszitären Verfahren, aber eben auch sehr prominent Zuschreibungen einer unpolitisch-expertokratischen oder einer nur noch scheinbar existenten und entkernten Demokratie. Vor allem Kritik an Repräsentationsmechanismen sowie der Wunsch nach größerem Einfluss von Experten nehmen zu und werden stärker. Immer wieder wird von den Aktiven das Gefühl geäußert, man sehe sich in politischen Entscheidungen, die konkrete Auswirkungen im lokalen Umfeld nach sich ziehen, schlicht nicht abgebildet und fühle sich übersehen.

Diese diversen Demokratiebilder der AktivistInnen verschränken sich miteinander, werden von ihnen selbst aber weder explizit thematisiert noch die darin streckenden Widersprüchlichkeiten und möglichen Entwicklungen im Zeitverlauf reflektiert. Da sie aus Sicht der Protestierenden jedoch kaum adäquat und schon gar nicht synchron adressiert werden können, verfestigen sich lokale Konflikte und erschweren – nicht zuletzt durch die konsequente und erfolgreiche überregionale und nationale Vernetzung der Bürgerinitiativen untereinander – die Umsetzung größerer Infrastrukturvorhaben beträchtlich, in diesem Fall die der Energiewende. In diesem zunehmend politisierten Themenfeld verstärkt sich darüber hinaus zunehmend die Stadt-Land-Diskrepanz (Holstenkamp/Radtke 2020) zwischen jenen, die in den urbanen Entscheidungszentren die politischen Rahmenbedingungen festsetzen und jenen Bevölkerungsteilen, die im ruralen Raum mit der konkreten Umsetzung hadern, von den Veränderungen des unmittelbaren Lebensumfeldes direkt betroffen sind und sich nicht im Entscheidungsprozess repräsentiert sehen. Dieses Spannungsfeld ist Ausdruck von tiefgreifender ge-

sellschaftlicher Polarisierung (Zilles/Marg i.E.), die sich in virulenter Weise mit der oben skizzierten Soziostruktur der Bürgerinitiativen verknüpft: Denn obwohl sie sich selbst als Repräsentanten, und mehr noch, als *Abbild* der lokalen Bevölkerung sehen, sind sie dies in Bezug auf für Partizipation essentielle zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie Alters- und Geschlechtsverteilung in der Regel eben nicht. Es erscheint daher lohnend, in zukünftiger Forschung⁴ eben dieses Spannungsfeld und die daraus resultierende gesellschaftliche Polarisierung verstärkt in den Blick zu nehmen.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Dr. Stine Marg, Sören Messinger-Zimmer und Christoph Hoeft für die jahrelange Zusammenarbeit am Göttinger Institut für Demokratieforschung, die das Fundament dieses Artikels bildet.
- 2 Zu Wahrnehmung des Einflusses von Bürgerinitiativen vgl. Messinger et al. 2019
- 3 Vorüberlegungen zu dieser Typologisierung finden sich in Messinger-Zimmer et al. 2017
- 4 Dies geschieht unter anderem im Rahmen des laufenden Forschungsprojekts „Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende“ (www.demokon.de)

Literatur

- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin.
- Bues, Andrea (2020): *Social movements against wind power in Canada and Germany. Energy policy and contention*. Abingdon, New York.
- Butzlaff, Felix (2016): *Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder*. Bielefeld.
- Eichenauer, Eva (2018): *Energiekonflikte – Proteste gegen Windkraftanlagen als Spiegel demokratischer Defizite*. In: Radtke, Jörg/Kersting, Norbert (Hrsg.): *Energiewende*. Wiesbaden, 315–341.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.) (2017): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. Bielefeld.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (2020): *Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende*. In: Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven (Hrsg.): *Dezentral, partizipativ und kommunikativ - Zukunft der Energiewende*. Nordhausen, 137–176.
- Kopp, Julia (2017): „Eigentlich füllen wir nur ein Verantwortungsvakuum aus.“ Die Konflikte aus Perspektive der Bürgerinitiativen. In: Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. Bielefeld, 123–135.
- Kopp, Julia/Messinger-Zimmer, Sören/Rugenstein, Jonas (2017): „Das war aber keine Beteiligung.“ Proteste gegen Stromtrassen. In: Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. Bielefeld.
- Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013): „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin.“ Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* Reinbek bei Hamburg, 94–138.
- Marg, Stine/Zilles, Julia/Schwarz, Carolin (2017): „Das Maß ist voll!“ Proteste gegen Windenergie. In: Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. 1. Aufl. Bielefeld, 63–95.
- Marg, Stine (2017): „Ich kann einfach nicht mehr vertrauen.“ Demokratie- und Legitimitätsvorstellungen. In: Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (Hrsg.): *Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking*. Bielefeld, 207–220.

- Marg, Stine/Zilles, Julia (2020): Wie viel Populismus steckt in der Energiewende? In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 13–17.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2016): (De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, 41–51.
- Messinger-Zimmer, Sören/Hoeft, Christoph/Zilles, Julia (2017): If or how? What is in Question when Citizens' Protests, Planners, and Administrations call for Participation? unveröffentlichtes Konferenzpaper anlässlich des Workshops "Activation – Self-management - Overload" am IGN, WWU Wien.
- Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia/Hanisch, Klaudia/Hoeft, Christoph (2019): Wahrgenommener Einfluss. Protestbilder und Anpassungsstrategien von Protestadressaten in lokalen Konflikten um Energiewendeprojekte. In: Radtke, Jörg/Canzler, Weert/Schreurs, Miranda/Wurster, Stefan (Hrsg.): *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Wiesbaden, 361–389.
- Michelsen, Danny/Walter, Franz (2013): *Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation*. Berlin.
- Radtke, Jörg/Drewing, Emily/Eichenauer, Eva/Holstenkamp, Lars/Kamlage, Jan-Hendrik/Mey, Franziska/Warode, Jan/Wegener, Jana (2020): Energy transition and civic engagement. In: Renn, Ortwin/Ulmer, Frank/Deckert, Anna (Hrsg.): *The role of public participation in energy transitions*. London, 81–91.
- Setton, Daniela (2019): *Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse*.
- Simcock, Neil (2016): Procedural justice and the implementation of community wind energy projects. A case study from South Yorkshire, UK. In: *Land Use Policy* 59, 467–477.
- Theocharis, Yannis/van Deth, Jan W. (2018): *Political participation in a changing world. Conceptual and empirical challenges in the study of citizen engagement*. New York and London.
- Walter, Franz (2013): Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick. In: Walter, Franz/Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix (Hrsg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen*. Reinbek bei Hamburg, 301–343.
- Zilles, Julia/Marg, Stine (i.E): *Protest and Polarisation in the Context of Energy Transition and Climate Policy in Germany: Attitudes and Collective Identities*.
- Zilles, Julia/Schünemann, Wolf J. (2017): Profilierung aus Protest. Diskursive Strategien der Protestkommunikation und Akteurskonstitution. In: Kämper, Heidrun/Wengeler, Martin (Hrsg.): *Protest – Parteienschele – Politikverdrossenheit. Politikkritik in der Demokratie*. Bremen, 151–171.
- Zilles, Julia/Schwarz, Carolin (2015): Bürgerproteste gegen Windkraft in Deutschland. Organisation und Handlungsstrategien. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 669–679.
- Zilles, Julia (2017): Energiewende und Widerstand. Dimensionen lokaler Konflikte um Energiewendeprojekte. In: *INDES*, 76–82.